



### Antrag

Vorlage-Nr:	<b>10/ANT/0484</b>
Status:	öffentlich
Einreicher:	Jörg Gleisenstein, B 90/ Die Grünen und Fraktion Die Linke.
Datum:	12.03.2010
<b>Solarwirtschaft in Frankfurt (Oder) sichern</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
25.03.2010	Stadtverordnetenversammlung

### Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die von der Bundesregierung beschlossene zusätzliche Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom ab, da diese den Solarstandort Frankfurt (Oder) massiv gefährdet.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Brandenburger Landesregierung, sich gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür einzusetzen, dass die zusätzliche Absenkung der Solarförderung weder so kurzfristig noch so drastisch wie geplant umgesetzt wird.

### Begründung:

Die Solarwirtschaft ist eine Zukunftsindustrie, die insbesondere in Frankfurt (Oder) zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen hat. In Frankfurt sind in der Solarbranche ca. 1.300 Menschen beschäftigt. Diese Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden.

Dieses Jahr sollen die Vergütungen für Solarstrom zusätzlich zu der bereits erfolgten planmäßigen Degression drastisch gekürzt werden. Bereits zum 01. Januar 2010 waren bekanntlich die Vergütungen für Dachanlagen um 9 und für Freiflächen um 11 Prozent gesenkt worden.

Die Kürzungen sollen jetzt generell zum ersten Juli 2010 erfolgen. Die Kürzung bei Dachanlagen soll 16 Prozent betragen.

Komplizierter gestaltet sich die Regelung bei Freiflächenanlagen auf Ackerflächen. Hier soll die Vergütung ab 1. Juli ganz auslaufen. Für Anlagen, die vor Jahresfrist eine Baugenehmigung erhalten haben, soll eine Ausnahme gelten, insofern sie noch dieses Jahr in Betrieb genommen werden.

Die Vergütung für Solarstrom von Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen (ehemals militärisch oder industriell genutzte Flächen) wird um elf Prozent gekürzt, für übrige Freiflächenanlagen um 15 Prozent.

Damit betragen vom 1. Januar 2010 bis 1. Januar 2011 die Kürzungen für Dachanlagen insgesamt um rund 30 Prozent, für nicht-agrarisch genutzte Freiflächen ebenfalls rund 30 bzw. 33 Prozent. Besonders problematisch ist die vorgesehene Abschaffung der Vergütung für Anlagen auf Agrarflächen. Damit wird die Solarenergie gerade aus dem Segment raus gedrängt, wo sie am günstigsten ist.

Sollten diese Pläne der Bundesregierung umgesetzt werden, dann ist eine Abwanderung von Forschung und Produktion an Standorte außerhalb Deutschlands und Europas zu befürchten. Unabhängige Institutionen wie die LBBW oder auch die Piper Bank haben errechnet, dass die deutsche und europäische Solarindustrie bei so intensiven Absenkungen nicht mehr liefern kann.

Unter Druck stehen u.a. die deutschen Hersteller, die gegenüber chinesischen Herstellern einige Nachteile haben wie schlechtes Währungsverhältnis oder höhere Löhne. Die deutschen Hersteller müssen sich über bessere Technik durchsetzen. Hier brauchen wir eine Technologiestrategie von der bei der Bundesregierung leider nichts zu sehen ist.

### Entscheidungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mit Mehrheit	<input type="checkbox"/>	zurückgezogen
<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Enthaltung
<input type="checkbox"/>	lt. Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/>	abweichend	<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zur Kenntnis genommen				
überwiesen					
Ausschließung § 22 BbgKVerf		Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.			
Wiedervorlage					